



Vor einem Jahr wurde die Küssnachter FDP-Politikerin Präsidentin der FDP Schweiz.
Bild: Jürg Auf der Maur

«Ich bin keine Windfahne»

Politik Ein Jahr nach ihrer Wahl zur FDP-Präsidentin spricht Petra Gössi über ihr Image, Erfolge und Misserfolge und weshalb sie die innerkantonale Solidarität im Kanton Schwyz bedroht sieht.

Mit Petra Gössi sprach Jürg Auf der Maur

Sie sind nun seit einem Jahr Präsidentin der FDP Schweiz. Ihre Bilanz?

Sie ist positiv. Ich mache die Arbeit gerne. Ich bin viel unterwegs, lerne viele Leute kennen. Vor allem den Kontakt mit der Basis genieße ich. Dazu kommt, dass es mit der FDP auch weiter aufwärtsgeht. Wir konnten in den letzten Monaten bei vielen Wahlen zulegen.

Das ist doch der Müller-Effekt, der nach wie vor anhält.

Fulvio Pelli hat hervorragend strategisch gearbeitet, und Philipp Müller hat dies auf den Boden gebracht. Nach meinem ersten Präsidentschaftsjahr zeigt sich nun deutlich: Wir haben eine positive Grundstimmung in der Partei. Unsere Basis freut sich, bei den Freisinnig-Liberalen mitzumachen. Dieser Punkt freut mich am meisten. Beim Erfolg der Kantonalparteien spielen auch regionale Faktoren mit. Wir dürfen uns aber nicht ausruhen, denn es stehen jeden Tag neue Herausforderungen an.

Sie erwähnen jeweils den hohen Zeitaufwand, den das Amt bedeutet. Wie gross ist er?

Der Aufwand ist sehr gross. Man ist eigentlich nur Parteipräsidentin und sonst nicht mehr viel anderes.

Sie sind also so gut wie Profipolitikerin. Zeit für den Beruf haben Sie gar nicht mehr?

Ich bin noch im Büro in Zürich, mache da aber oft auch Arbeiten für die FDP. Gerade als Beraterin kann ich fast nicht mehr arbeiten. Als Parteipräsidentin bin

ich oft über mehrere Wochen an Sitzungen und Termine gebunden. Das lässt daneben keine Beratertätigkeit mehr zu. Ich bin bis zu vier Abende pro Woche irgendwo in der Schweiz unterwegs und besuche die FDP-Basis.

Und das goutieren Sie?

Mein Tagesablauf hat sich geändert. Irgendwie muss ich zu meinem Schlaf kommen. Das bedeutet, dass ich nicht mehr um sieben Uhr im Büro bin, sondern dass es dann halt einmal acht oder neun werden kann.

Die Erwartungen waren gross bei Ihrer Wahl. Nach den Wahlerfolgen sprach man von der bürgerlichen Wende, die nun komme, und von einer neuen Mitte-Achse aus der Zentralschweiz mit Gerhard Pfister als neuem CVP-Präsidenten und Ihnen als neuer FDP-Präsidentin. Es kam anders.

In finanzpolitischen Fragen ist die Zusammenarbeit der bürgerlichen Parteien sehr gut. Diese Zusammenarbeit geht auf ein FDP-Papier zurück, mit dem wir Massnahmen gegen den starken Franken forderten. Die anderen bürgerlichen Parteien schlossen sich uns an.

Die bürgerliche Wende gilt also nur für finanz- und wirtschaftspolitische Fragen?

In den anderen Themen war von Anfang an klar, dass man sich nicht findet. Als FDP-Präsidentin ist mir wichtig, dass wir zuerst unsere Position klären und wissen, was wir wollen. Dann suchen wir Partner, die uns helfen, unsere Ideen und Ansichten mehrheitsfähig zu machen. Wenn das machbar ist, arbeiten wir mit anderen Parteien zusammen. Sonst lassen wir es lieber sein.

Sie werden als zu lieb und zu brav kritisiert. Im Gegensatz zu Gerhard Pfisters Wertedebatte war es um Sie bisher ruhig.

Ich habe den Aufruf an die Wirtschaft lanciert, mehr Verantwortung zu tragen und das auch zu zeigen. Ich habe aber wahrscheinlich tatsächlich ein geringeres Geltungsbedürfnis als andere Exponenten (lacht). Ich bin, wie ich bin. Mir ist wichtig, dass ich die Aufgabe, die ich übernehme, auch richtig mache. Ich arbeite deshalb auch viel im Hinter-

grund. Nur Scheindebatten zu lancieren und dann nichts daraus zu machen, ist reine Ankündigungspolitik. Das bringt nichts.

Ihr Aufruf an die Wirtschaft hat bisher auch nicht viel ausgelöst.

Diesen Vorwurf lasse ich nicht gelten. Es geht hier nicht um eine Gesetzesänderung, sondern um einen Mentalitätswandel. Das ist eine Diskussion, die über eine lange Zeit geführt werden muss und geführt wird. Im Übrigen hat die FDP eine ganze Delegiertenversammlung dem Thema gewidmet und auch Vorstösse eingereicht, damit die Bürokratie abgebaut wird.

Mit sozialem Unternehmertum hat weniger Bürokratie doch nichts zu tun.

Doch, wenn der Unternehmer sich nicht nur noch mit Formularen, Reglementierungen oder Statistiken zu beschäftigen hat, bleibt ihm mehr Zeit für anderes.

Sie wehren sich gegen einen Kündigungsschutz für Arbeitnehmer ab 50. Ist das soziale Verantwortung?

Für mich ist völlig klar: Wenn wir diesen Kündigungsschutz ab 50 haben, wird das dazu führen, dass Arbeitnehmern mit 49 gekündigt wird. Sie werden dann nur noch befristet angestellt. Es wird das Gegenteil vom Erwünschten erreicht. Statt mehr Sicherheit für die Arbeitnehmer gäbe es vor allem Unsicherheit und mehr Bürokratie.

Dagegen kämpfen Sie?

Liberal sein bedeutet, auch auf solche Punkte hinzuweisen. Sobald der Gesetzgeber eingreift, kann es gar keine liberale Lösung mehr sein. Hier einen Mittelweg zu finden, ist die Herausforderung einer guten liberalen Politik.

Diese ist gerade für eine staatstragende Partei wie die FDP gross, die seit über 150 Jahren Gesetze und Regeln erlässt.

Die SVP ist heute ebenso staatstragend geworden. Nur verhält sie sich noch nicht immer so.

Nochmals zum Image. Bei der Energiestrategie votieren Sie für ein Nein und wurden damit zum zweiten Mal von der Basis überstimmt. Ein Prob-

lem für Sie?

Nein, denn da ich unsere Basis kenne, war voraussehbar, dass sich die Partei mehrheitlich für die Energiestrategie aussprechen wird. Das Resultat war knapp, und die vielen Nein-Parolen der Kantone zeigen, dass auch die Nein-Stimmen in der FDP einen starken Rückhalt haben. Ich habe mich insbesondere gegen die Energiestrategie ausgesprochen, weil ich die Versorgungssicherheit und die Unabhängigkeit der Schweiz gefährdet sehe. Die Vorlage hat aber auch klare Vorteile, die ich unterstütze: So werden energetische Sanierungen steuerlich bevorzugt, und eine grosse Subventionsmaschine, die Einspeisevergütung, wird zeitlich beschränkt.

Trotzdem: Dass die Parteipräsidentin die Basis nicht hinter sich hat, ist kein Problem?

Nein. Umso weniger, als die FDP in dieser Frage auch ein starkes Nein-Lager hat. Deshalb war mir wichtig, dass wir in der Partei zu dieser Frage eine sehr gute Diskussion führen konnten. Zudem bin ich nicht nur Parteipräsidentin, sondern

«Ich habe ein geringeres Geltungsbedürfnis.»

auch Parlamentarierin. Als solche nehme ich mir die Freiheit, mich für meine Meinung einzusetzen. Ich bleibe mir treu und bin keine Windfahne.

Zum Kanton Schwyz. Hier holpert es in der Politik. Ihr Eindruck?

Als Aussenstehende verstehe ich nicht, wieso der Kantonsrat nicht regelmässiger tagt. Mein Eindruck ist, dass genügend Themen vorhanden wären, die diskutiert werden könnten. Was mich hingegen sehr freut, ist, dass der Wille der Parteien zur Zusammenarbeit vorhanden ist. Deshalb bin ich optimistisch, dass viele der anstehenden Aufgaben deblockiert und zu einem guten Ende

geführt werden. Problematisch scheint mir anderes.

Was?

Man beginnt im Kanton Schwyz, die Solidarität zwischen den Gemeinden zu untergraben. Konkret: Man fordert, die Auserschwyz Gemeinden hätten die NFA-Last zu tragen, obwohl es vor allem ihre Bürger sind, die mit dem neuen Kantonssteuertarif einen Grossteil dieser Last bereits heute tragen. Zudem sind die Höfner Gemeinden zusätzlich bereit, elf Millionen Franken freiwillig in den innerkantonalen Finanzausgleich zu zahlen. Diesen Zustupf können die Nehmergemeinden frei verwenden. Eine Möglichkeit ist die Senkung des Gemeindesteuerfusses. Das hilft allen und ist ein klarer Akt der Solidarität, der nicht zerstört werden sollte.

Andere sagen, es sei ein Akt des schlechten Gewissens.

Nein, das ist es nicht. Man muss aufpassen, dass nach der jetzt laufenden Diskussion am Schluss nicht einfach ein Scherbenhaufen entsteht.

Das gilt auch für die Auserschwyz Gemeinden, die zwar Geld geben, gleichzeitig aber fordern, dass die Gemeinden Steuern senken.

Klar gilt die Gemeindeautonomie. Aber es sind alle Gemeinden finanzstärker geworden. Es geht ja nicht um eine Forderung, sondern darum, überhaupt eine Diskussion anzumachen. Es kann ja nicht sein, dass die Gemeinden so viel Geld gespart haben, der Bürger davon aber nicht profitiert.

So argumentieren auch Säckelmeister Martin Wipfli, Ihr Chef, oder Regierungsrat Kaspar Michel. Beides sind Parteikollegen. Eine immer kleinere FDP-Gruppe gibt im Kanton den Tarif durch, wird deshalb kritisiert.

Dieser Vorwurf ist absurd. Ich besetze im Kanton Schwyz kein Amt mehr.

Es gibt informelle Möglichkeiten, sich abzusprechen.

Ich weiss nicht, wo die Bedenken sind. Erstens gibt es keine informellen Absprachen, und zweitens ist es der Kantonsrat, der die Gesetzgebung macht. Man muss schon bei der Realität bleiben.

Zur Person

Name: Petra Gössi
Geburtsdatum: 12. Januar 1976
Zivilstand: ledig
Beruf: Juristin
Hobbys: Sport, je nach Saison
Lieblingessen: Fisch aus unseren Seen mit Gemüse
Lieblingsgetränk: Apfelsaft
Lieblingslektüre: Y Mag